Nr. 21 — 19. Jahrg.

Geschäftsstelle und Redaktion: Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46

Dienstag, 27. Jan. 1920

Fernsprecher 21 366
Postscheckkonto Leipzig Nr. 14797

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Vierteljährlich in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholt Ausgabe A mit illustr. Beilage 6.90 M. Ausgabe B 6.45 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus Ausgabe A 7.35 M. Ausgabe B 6.90 M. — Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Petit-Spaltzeile 90 ₰, im Reklameteil 2.50 M. Familien-Anzeigen 60 ₰. — Für undeutlich geschriebene, sowie durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

Attentat auf Erzberger

Berlin, 27. Januar. Als Reichsfinanzminister Erzberger gestern nachmittag gegen halb 3 Uhr das Gerichtsgebäude in Moabit verließ und seinen Kraftwagen besteigen wollte, feuerte ein junger Mann zwei Revolverschüsse auf ihn ab. Der Minister wurde durch einen Schulterschuß leicht verletzt. Die zweite Kugel, die ihn in der Bauchgegend traf, prallte an einem metallenen Gegenstand in der Tasche ab. Der Täter wurde verhaftet. W. T. B.

Um die Einheitsfront

Von einem besonderen politischen Mitarbeiter gehen uns folgende bemerkenswerte Ausführungen zu, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten möchten. Der Verfasser nimmt das Wort zu einer Frage, die mehr denn je als im höchsten Grade „aktuell" bezeichnet werden muß:

Wenn wir uns das heutige parteipolitische Getriebe vergegenwärtigen und wenn wir die Formen, in denen es sich betätigt und auswirkt, überschauen, dann möchten wir oft genug daran verzweifeln, daß die große Aufgabe des inneren Wiederaufbaues des Deutschen Reiches auf der Grundlage einer inneren Erneuerung ausgeführt werden könnte. Für eine solche Wirksamkeit wäre die Zusammenfassung aller positiv schaffenden Kräfte, aller derjenigen Elemente, die den nationalen Gedanken über die Wirrnisse und Zerrissenheiten unserer Zeit hinaus in sich und ihrem Tun und Schaffen bewahrt haben, unerläßliche Voraussetzung. Wie aber soll diese Zusammenfassung, diese bitter notwendige Einheitsfront gelingen, wenn die Entzweiung der Geister, wenn die Zerrissenheit der politischen Meinungen und Auffassungen, wenn die Gegensätzlichkeit über das, was dem Wohle des Staates und Volkes zuträglich ist, immerfort wachsen, und wenn demgemäß die Meinungsverschiedenheiten über die Maßnahmen, die zu ergreifen sind, um die Staatsautorität und um ein ersprießliches staatliches Wirken zu sichern, so weit auseinandergehen, wie wir das augenblicklich erleben müssen? Noch zu keiner Zeitepoche hat es stärkere Differenzen im politischen Leben und in den politischen Parteien selbst gegeben, als gegenwärtig. Das ist um so verwunderlicher, weil wir doch im Gegensatz zu früher weniger Parteien haben, das allerdings nur, soweit die Parteigruppierungen zusammengefaßt parlamentarisch in Aktion treten. Dennoch gibt es gerade in diesen, nach außen hin anscheinend geschlossenen Parteiverbänden mehrere Abarten, die sich vielfach zu eigenen „Richtungen" bisher schon verdichtet haben, oder doch die Neigung zu einer derartigen Entwicklung zeigen. Daraus erklärt es sich, daß fast alle Parteien, wie wir sie heute vor uns sehen, verschiedene Untergruppen aufweisen, die in verschiedenen Fragen eine eigene Stellung einnehmen und naturgemäß alles daran setzen, um für diese von ihnen vertretene Meinung auch zu werben.

Eine solche Zerissenheit, die sich oft genug nicht nur in der Taktik, sondern auch im Ziel der betreffenden Partei bemerkbar macht, kann unmöglich dem Allgemeininteresse dienen. Nun ist es ja erklärlich, daß die gewaltigen Umwälzungen des letzten Jahres uns eine Umstellung auf neue Verhältnisse aufzwangen, wie sie vor dem für eine Unmöglichkeit gehalten worden wäre. Zu alledem kommt, daß der politische Instinkt des Deutschen nie besonders ausgeprägt war, so daß der deutsche Politiker den neuen Dingen gegenüber sich nur schwer zurechtfand, und daß es ihm vor allen Dingen schwer wurde, der öffentlichen Meinung gegenüber mit neuen politischen Ideen und Gedankengängen zu wirken.

Wir haben es schon einmal an dieser Stelle zum Ausdruck gebracht, daß Politik etwas durch Reales und Nüchternes ist, daß sie einer Wahrscheinlichkeitsrechnung gleicht. Mit neuen Tatsachen und Verhältnissen muß sich auch der Politiker abfinden, so schwer es ihm im einzelnen auch werden mag. Seine politische Ueberzeugung braucht er dabei keineswegs aufzugeben. Gerade darin äußert sich ja die Kunst des Politikers, daß er sich auf die neuen Verhältnisse, wie sie durch unabänderliche Tatsachen geschaffen worden sind, einzustellen und auch das Neue nutzbar für die Verwirklichung seiner eigenen festbegründeten Ueberzeugung zu machen weiß. Diese Erwägungen sind besonders für diejenigen richtunggebend, welche unsere gegenwärtige Staatsform wie so vieles andere im gegenwärtigen Regime auf Grund ihrer bisherigen politischen Ueberzeugung nicht gut zu heißen vermögen.

Auch im politischen Leben gilt der Satz, daß man nur durch Arbeit zum Ziele kommt. Ein müßiges Gehen und Geschehenlassen wäre zwar bequem, aber nicht politisch. Politik ist an sich schon harte Arbeit und politisches Streben und Schaffen ist so undankbar, wie irgend eine andere Beschäftigung mit öffentlichen Dingen. Aber gerade darum, weil der Weg des Politikers und weil das politische Schaffen selbst so ungemein dornenvoll ist, gerade darum lohnt der Erfolg die Mühe. Alles im politischen Leben muß hart erstritten werden und das ist gut so. Erst im Kampfe der Meinungen scheiden sich die Geister, sie bilden sich aber auch. Ein Land ohne ein Forum, auf welchem die gegenteiligen Meinungen und Auffassungen in ehrlichem Wettstreit zum Ausdruck gebracht werden können, würde nie und nimmer eine dem Volks- und Staatswohl erträgliche Politik machen können. Ein solches Land würde unter einer mehr oder minder verhüllten Diktatur und zwar jeweils desjenigen Teiles stehen, der gerade die Macht hat, und seine staatlichen und politischen Einrichtungen würden nachgerade einer völligen Lähmung anheimfallen. Das Staatsleben würde verdorren, eine Staatsidee käme überhaupt nicht zum Durchbruch, und die politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen eines Volkes müßten elendiglich verkümmern.

Im Kampf liegt Fortschritt, liegt Entwicklung, vorab im politischen Leben. Den Kampf an sich kann man ja darum durchaus begrüßen. Für den Kulturstaat eines Volkes, für die Bewertung dieses Volkes hinsichtlich seiner kulturellen Rolle, aber auch hinsichtlich seiner Rolle, die es im Rate der Völker überhaupt einzunehmen vermag, ist allerdings entscheidend die Form, in welcher sich dieser an sich unerläßliche politische Kampf vollzieht. Uns dünkt, daß in dieser Beziehung die deutsche Republik noch nicht vorbildlich dasteht. Aber auch das soll kein Vorwurf sein. Wir stehen immer noch inmitten einer Gährung. Noch immer zuckt das revolutionäre Fieber im Volkskörper, noch immer ist die Basis, auf der wir stehen, schwankend und noch kann niemand sagen, was in Wochen oder Monaten sein wird. Nie wurde unter unsichereren Faktoren Politik im Deutschen Reiche gemacht wie gegenwärtig. Aber gerade darum, weil wir so entsetzlich leiden, weil wir innerlich und äußerlich so furchtbar zerrissen sind und weil wir heute nicht wissen, wovon wir morgen leben sollen, gerade darum sollte man meinen, daß der Trieb zum Zusammenschluß sich mächtiger als je geltend machen würde, zum Zusammenschluß aller derjenigen, die guten Willens sind, derjenigen, die über allem Parteigetriebe die große vaterländische Idee leuchten sehen.

Alles, was wir im zermürbenden politischen Kleinkampf erjagen, erstreben und erkämpfen, wird nur Episode sein. Es wird verschwinden im großen Rahmen von Welt und Zeit. Aber eines wird über allem stehen: das Vaterland! Mit allem, was wir tun und lassen, müssen nur ihm allein wir dienen, nichts anderes darf unser Leitstern sein. Man sollte glauben, daß gerade in der Zeit der tiefsten Demütigung und der schwersten Not, die das deutsche Volk je erlebt hat, dieser Sammlungsgedanke kräftigste Wurzel schlagen müßte. In nächster Zeit werden die politischen Parteien Deutschlands in einen neuen großen Wahlkampf treten. Es wäre ein Unglück für das deutsche Volk, wenn es nicht gelingen sollte, für diese große, nach vielen Seiten hin entscheidende Wahlschlacht eine breite und festgefügte Einheitsfront zu schaffen, die sich stützt auf die große und über die Alltäglichkeit sich erhebende vaterländische Idee und die getragen wird von der Schaffensfreude, der Opfertreue und dem Arbeitswillen eines seiner inneren Einheit und Einigkeit mit allen Fasern seines Herzens zustrebenden Volkes.

Vor furchtbaren Gefahren

Der Frieden ist geschlossen, soweit es sich um die formale Unterzeichnung des Textes der Bedingungen handelt. Nun sollte man meinen, daß gerade wir in Deutschland allen Anlaß hätten, mit geeinigten Kräften an die Ausführung der im Innern unseres Landes in Ueberfülle der Lösung harrenden Aufgaben heranzutreten. Um so mehr müßte das der Fall sein, da ja gerade dieser Friedensvertrag uns ungeheure Verpflichtungen auferlegt, die wir selbst bei restloser Anspannung aller verfügbaren Kräfte nicht zu erfüllen vermöchten, geschweige denn bei Brachliegen oder unzulänglicher Ausnützung der vorhandenen Arbeitsfaktoren durchführen könnten.

Nun kommen in letzter Zeit und namentlich in den letzten Tagen verstärkt überaus beunruhigende Nachrichten aus dem Ruhrrevier. Dort ist unter unzweifelhaft kommunistischer Führung ein gewaltiger Kampf um die Sechsstundenschicht entbrannt. Am Schlusse der Verhandlungen des Reichsparteitages hat der Reichsminister Giesberts zu dieser Frage Stellung genommen. Die bezüglichen Ausführungen sind um so höher zu werten, als man in diesen ganz zweifellos eine Kundgebung der Reichsregierung zu erblicken hat, die sich des Forums dieses Parteitages bedienen wollte, um ihre Anschauungen auszusprechen. Giesberts erklärte, daß die Sechsstundenschicht unter den heutigen Verhältnissen eine glatte Unmöglichkeit sei. Die Reichsregierung stehe geschlossen auf dem Standpunkt, daß jetzt die Einführung der Sechsstundenschicht den Ruin unseres Wirtschaftslebens und die Hungerkatastrophe für Deutschland bedeuten würde. Der Zentrumsparteitag schloß sich einmütig dieser Kundgebung an, die den braven Bergleuten den herzlichsten Dank für ihre Arbeit ausspricht, gleichzeitig aber auch die dringende und herzliche Mahnung an sie ergehen läßt, durch vermehrte Arbeit und damit vermehrte Kohlenförderung die Wirtschafts- und Hungerkrise zu beschwören.

So steht es in der Tat: Wir gehen einer, in ihren Folgen unübersehbaren Wirtschafts- und Hungerkrise entgegen, wenn das kommunistische Wühlen um den Sechsstundentag unter den Bergarbeitern Erfolg haben würde. Reichsminister Giesberts hat ausdrücklich erklärt, daß, wenn die Sechsstundenschicht tatsächlich, worauf die Kommunisten abzielen, erzwungen werden sollte, wir im Mai und Juni eine Katastrophe erleben würden, wie wir sie noch nie gehabt hätten.

Um die Trostlosigkeit unserer Lage zu erkennen, mögen folgende Angaben dienen: Die heutige Kohlenförderung bleibt schon pro Tag um annähernd 100 000 Tonnen hinter der Förderung in der Friedenszeit zurück. Dabei haben wir einen viel höheren Bedarf an Kohlen als je zuvor, nicht nur mit Rücksicht auf unsere eigenen Notwendigkeiten als vielmehr im Hinblick auf die Lieferungsverpflichtungen an die Entente. Wollten wir nur den letzteren genügen, so müßten im Monat etwa 1,5 Millionen Tonnen Kohlen mehr als bisher gefördert werden. Schon aus dieser Gegenüberstellung kann man sehen, wie trostlos unsere Lage ist. Die Folgen sehen wir ja schon im Innern unseres Landes an einem geradezu katastrophalen Darniederliegen unserer Industrie. Gerade in letzter Zeit hatte sich ganz unverkennbar die Arbeitslust der Arbeiterschaft wesentlich gehoben. Nun aber können diese Arbeiter nicht arbeiten, weil sie durch Stilliegen der Fabriken zum Feiern, und das wider ihren Willen, gezwungen sind. Es ist auch heute schon so weit, daß selbst diejenigen Fabriken, die Ausrüstungen für die Bergleute und die notwendigen Werkzeuge für den Förderbetrieb herstellen, still gelegt werden müßten. Wenn man jetzt ein Sechsstundentag eingeführt würde, so würde die Kohlenproduktion noch weiter sinken. In Anbetracht der Gefahren kann man die Aeußerungen des Ministers Giesberts, der mit den einschlägigen Verhältnissen als Arbeiterführer aus Essen durchaus vertraut ist, und der kraft seiner Stellung zweifellos auch über die notwendigen Informationen verfügt, wirklich nicht als zu schwarz ansehen.

Es geht in der Tat um Tod oder Leben der deutschen Wirtschaft!

Im Ruhrrevier bauen die Kommunisten ihre Agitation unter anderem auch auf folgende Gedanken auf: Sie gehen davon aus, daß bei einer Nichterfüllung der Kohlenlieferungsverpflichtungen gegebenenfalls die Entente sich veranlaßt sehen könnte, das Ruhrgebiet zu besetzen. Für diesen Fall hoffen die Kommunisten, daß es ihrer Agitation gelingt, die Besatzungstruppen mit dem Geiste des Bolschewismus zu infizieren und so der Weltrevolution den Weg zu bahnen. Man sollte es nicht für möglich halten, daß vernünftige Arbeiter auf diese Phrasen und diese Agitation hereinfallen. Es ist aber tatsächlich so. Der Wahn der Weltrevolution spukt in den Köpfen. Alles, was wir seither erlebt haben, ist an jenen Kreisen, die der kommunistischen Agitation erliegen, spurlos vorüber gegangen. Wir stehen vor furchtbaren Gefahren! Und warum das alles? Weil das Verantwortungsgefühl und das Pflichtgefühl immer mehr ins Schwinden kommen! Der „Vorwärts" hat nicht so unrecht, wenn er die jetzige Agitation im Ruhrrevier als eine Ausnützung der Not bezeichnet. Er stimmt der Auffassung des [illegible] unumwunden zu, daß die Einführung der Sechsstundenschicht das Ende unserer gesamten Volkswirtschaft bedeutet. Der „Vorwärts" fordert des weiteren auf, daß die Sozialdemokraten nicht länger mit verschränkten Armen zusehen und daß den Agitatoren die Larve vom Gesicht gerissen und ihre Verbrechen am Volke aufgedeckt werden müssen. Es wird aber höchste Zeit, daß die Regierung die Vorkehrungen trifft, um den von ihr selbst vorausgesehenen Zusammenbruch des deutschen Wirtschafts- und damit notwendigerweise auch des deutschen politischen Lebens hintanzuhalten.

Die Bergarbeiterschaft hält das Schicksal des deutschen Volkes in ihrer Hand! Ihr Schaffen findet im ganzen deutschen Volke wärmsten Dank und rückhaltlose Anerkennung. Aber nun heißt es, auch der Verantwortung für Volk und Land sich bewußt zu sein! Zu Widerständen liegt um so weniger Anlaß vor, als gerade jetzt alles daran gesetzt wird, um das deutsche Wirtschaftsleben, namentlich die Produktion, unter stärkster Heranziehung der Arbeiterschaft, unter ihrer Mitbestimmung aber auch ihrer Mitverantwortlichkeit wieder aufzubauen.

Der Valutajammer

Von einem wirtschaftspolitischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Unser Wirtschaftsleben ist krank, es liegt in schweren Fieberzuckungen darnieder und die Valuta ist das Fieberthermometer.

In den letzten Tagen ist dieses Thermometer noch weiter als bisher gesunken. Der Schweizer Frank wird heute mit 10–11 M. gegenüber früher 81 Pf., der holländische Gulden mit 21–22 M. gegenüber früher 1,70 M. notiert. Wir können also bald nicht mehr viel tiefer sinken.

Es wäre [illegible] traurig und bedenklich, wenn dieser Valutastand der tatsächliche Ausdruck des Kredits wäre, den die Mark und damit unsere Wirtschaftslage überhaupt außerhalb der Grenzen Deutschlands hätte. Man muß es einmal aussprechen: der gegenwärtige Valutastand ist mehr das Ergebnis einer frivolen Börsenschieberei als das tatsächliche Spiegelbild der deutschen Wirtschaftslage. Das deutsche Geld ist gerade gut genug, um es zum Gegenstand gewisser Spekulationen auf Kosten des ohnehin schon ausgeplünderten deutschen Volkes, ja auf Kosten seines Fleißes zu machen.

Wir dürfen, wenn wir diese Dinge behandeln, freilich nicht übersehen, daß der schlechte Valutastand in vielen Dingen, die alle in sich auf das engste wirtschaftlich zusammenhängen, seine Quellen hat.

Betrachten wir den augenblicklichen Stand unserer öffentlichen Geldwirtschaft genauer, so nimmt dieser äußerst schlechte Valutastand unserer „Geldsurrogate" uns nicht weiter wunder. Denn am Ende des Jahres 1919 belief sich die Umlaufsziffer unserer Noten einschließlich der Darlehnskassenscheine auf 49,5 Milliarden Mark, eine Summe, die in der Finanzgeschichte unseres Reiches noch nie erreicht worden ist. Dieser ungeheuren Masse von Papiergeld entsprach eine Metalldeckung von nur 1,11 Milliarden Mark. Nach dem Bankgesetz sollte aber in der Hauptsache ein Drittel des Banknotenumlaufs durch Gold gedeckt sein. Noch vor einem Jahre betrug der Papiergeldumlauf um 32,4 Milliarden Mark; das sind 17 Milliarden Mark weniger wie heute. Für die gegenwärtige Zeit kommt aber noch weiter erschwerend hinzu, daß vor Jahresfrist noch 1,17 Milliarden Mark mehr Gold vorhanden waren wie heute. Die vielen Leuten unerklärliche Verschlechterung unserer Valuta hat sich also nur ganz automatisch der Verwässerung unseres Geldes angepaßt. Die Verwässerung selbst aber ist in erster Linie bedingt durch die [illegible]. Die Ver-

geldbeamterer — man schätzt auf etwa 5 Milliarden — spielen hier zwar auch eine große Rolle. Die mit den Lohnforderungen Hand in Hand gehende Verminderung der Arbeitszeit, aber auch die öfteren Streiks verursachen ihrerseits wieder eine Produktionsverminderung. Mit der Abnahme der Waren steigt jedoch ihr Kaufpreis, und zwar schon bei gleichbleibendem Bedarf. Lohnforderungen mit ihren Begleiterscheinungen sind die weitere Folge. Das Spiel der Kräfte beginnt somit von neuem. Charakteristisch in dieser Reihe ist der steigende Lohn und die verminderte Warenerzeugung, oder anders ausgedrückt: gleichbleibende, wenn nicht gar erhöhte Nachfrage nach Waren und weniger Angebotsmöglichkeit. Wo das nun enden soll, weiß noch niemand.

Die vorläufige restlose Wiederschaft des Reiches mit Schatzscheinen, fällt natürlich mit ihrer Belastung der Reichsbank und der weiteren Vermehrung des Notenumlaufs für die schlechtere Bewertung unseres Geldes auch noch gewichtig in die Wagschale. Wohl soll ja jetzt durch die neuen Steuern das Gleichgewicht im Reichshaushalt mit möglichster Beschleunigung wieder hergestellt werden. Aber wo damit schon unsere Valutasorgen behoben sein werden, ist eine andere Frage.

Die von der Reichsregierung in Aussicht genommenen Valutaanleihen dürften den Erfolg auch nicht begleitet sein. Selbst aber das Gelingen [illegible] Finanzaktion vorausgesetzt, womit könnten wir denn die [illegible] Rückzahlungsverpflichtungen einer derartigen Anleihe nachkommen? Wo doch bei uns eine Arbeitsunlust grassiert, die ohnegleichen ist. Uns war durch Arbeit auf der auch als der einzigen Quelle die Mittel zur Erfüllung der Verpflichtungen aus einer Valutaanleihe herfließen, kämen wir das Vertrauen des Auslandes erringen. Haben wir aber dieses, so beginnt schon die Valuta zu steigen, ohne erst auf den Abschluß einer Anleihe zu warten. Die Arbeit, die produktive Arbeit, die Produktion und die Produktionsförderung allein sind es letzten Endes, welche die Valuta zu heben vermögen.

Gehen wir nicht freiwillig an eine erhebliche Produktionsvermehrung heran, so steht zu befürchten, daß uns Entente zwang dazu bringen wird, wenn wir nicht noch mehr als bisher, und zwar auf Kosten fremder Völker, darben wollen. Ein Zwang zur Arbeit von außen her ist aber des deutschen Volkes unwürdig, das vor dem Kriege den Ruf eines der tüchtigsten und wohlhabendsten Völker des Erdballes zu sein mit Recht hatte.

Der Prozeß Erzberger-Helfferich

Berlin, 26. Januar. (W. T. B.)

Im Prozeß Erzberger-Helfferich wurde heute der preußische Finanzminister Südekum als Zeuge vernommen, weshalb der Gesetzentwurf, der die Ausfuhrzölle für die Industrie betraf, gescheitert ist, der seinerzeit gemacht wurde, als Helfferich Staatssekretär des Innern war. Südekum erklärte dazu, es sei damals bei ihm als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage sondiert worden, ob er geneigt sein würde, bei der Partei Ausfuhrzölle für Industrieartikel zu befürworten. Er habe eine gesetzliche Einführung für Einfuhrzölle nicht für opportun gehalten, weil die Neutralen mit Repressalien erwidern würden. Der Vorsitzende erkläre, daß es ihn hauptsächlich interessiere, welche Stellung Erzberger damals dazu eingenommen habe. Es werde ihm vorgeworfen, daß er den Regierungsplan zu Falle gebracht habe, während er später, als er nicht mehr Aufsichtsrat war, für die Zölle eingetreten sei. Nach Südekums Eindruck habe sich Erzberger seinen Argumenten nicht verschlossen, daß eine gesetzliche Regelung mit Rücksicht auf die Neutralen abzuraten sei. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er den Eindruck hatte, daß Erzberger ein materielles Interesse an der Frage hatte, erklärte Südekum, daß er diesen Eindruck keinen Augenblick gehabt habe. Dem Zeugen Unterstaatssekretär Müller, der damals bezüglich des von Helfferich bearbeiteten Gesetzentwurfes über die Erhebung von Ausfuhrzöllen mit den verschiedenen Parteiführern Fühlung zu nehmen hatte, hatte Erzberger erklärt, daß der Gesetzentwurf nicht ohne Debatte von allen Parteien angenommen werden würde. Er hatte aber den Eindruck, daß Erzberger von keinen anderen als sachlichen Gründen in dieser Frage geleitet wurde. Ministerialdirektor Neuhaus, seinerzeit Dezernent im Handelsministerium, macht als Zeuge nähere Angaben über die verschiedenen Eingaben des Thyssenkonzerns betreffs Eigentumsübertragung der französischen Briey-Gruben. Er erwähnt u. a. eine Eingabe vom 8. September 1915, die die Einverleibung dieses Grubengebietes und die Aufteilung der dortigen Erzfelder an deutsche Werk fordert. Durch die Einverleibung Belgiens und des besetzten französischen Gebietes müßte unsere Exportmöglichkeit gesteigert werden. Die Eingabe stammte von der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser", wo Erzberger bereits Mitglied des Grubenvorstandes war, ein Jahr nach der Marneschlacht. Im Handelsministerium bestanden Bedenken gegen die Uebertragung an Thyssen. Es schwebte die Anzahnung für die gesamte Industrie vor. Er selbst habe nie mit Erzberger verhandelt, aber in ständiger Fühlung mit Unterstaatssekretär Richter im Reichsamte des Innern gestanden. Er könne unter Eid bekräftigen, daß letzterer zu ihm gekommen sei, die Hände gerungen und geklagt habe, es sei geradezu unerhört, wie Erzberger ihn für die Thyssenschen Privatwünsche bedränge. Besonders unbehaglich sei ihm, daß Erzberger mit dem Referenten Schönebeck persönlich in so nahen Beziehungen stehe. Er habe auch dem Bezirkspräsidenten im Briey-Gebiete von Gemmingen mitgeteilt, daß Erzberger sich in auffallender und kennzeichnender Weise für die Thyssenschen Privatinteressen einsetze. Er, Zeuge Neuhaus, würde eine solche Betätigung eines Abgeordneten unter keinen Umständen für zulässig halten. Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen erklärte Erzberger, daß auf seine Veranlassung hin der Thyssenkonzern davon Abstand nahm, sich an der Liquidation der belgischen Gruben zu beteiligen. Rechtsanwalt Alsberg stellt dem Generaldirektor Rabes gegenüber fest, daß in dem überreichten Material die oben erwähnte Eingabe vom 8. September 1915 fehlt. Rabes erklärt, man hätte es für überflüssig gehalten, alle Eingaben zu überreichen. Ferner stellt Rechtsanwalt Alsberg fest, daß er durch Einsichtnahme in das Handelsregister festgestellt habe, daß bei der Anmeldung der Ostropa ein Vertrag beigegeben worden ist, in dem ausdrücklich Erzberger als Beirat der Gesellschaft angegeben wird. Erzberger erklärt, davon nichts zu wissen. Sodann wird Exzellenz von Stein der frühere Staatssekretär, vernommen. Er sei überrascht und entrüstet gewesen über den Vorstoß Erzbergers vom Februar 1918 in der Ausfuhrzollangelegenheit. Auf die Frage Helfferichs, ob er den Eindruck gehabt habe, als ob die Aktion von 1918 unter der Führung Erzbergers stünde, antwortet der Zeuge: Zweifellos. Er habe auch entschieden den Eindruck gehabt, daß Erzberger seine Stellungnahme zu den Ausfuhrzöllen gegenüber 1916 entscheidend geändert habe. Als nächster Zeuge kommt Unterstaatssekretär Richter auf die Frage der schwedischen Erze zu sprechen, die er für die deutsche Industrie als unentbehrlich erachtete. Nach einigen weiteren kleinen Anfragen vertagt sich die Sitzung auf Dienstag.

Das Attentat auf Erzberger

Berlin, 26. Januar. Zu dem Attentat auf Erzberger erfahren wir noch das folgende: Der Minister verließ in Begleitung des Rechtsanwaltes Dr. Friedländer das Kriminalgericht in Moabit und begab sich mit ihm zu seinem Kraftwagen. Bevor Erzberger einstieg, unterhielt er sich noch mit dem Rechtsanwalt, als plötzlich ein junger, gutgekleideter Mann an die beiden herantrat und einen Schuß abfeuerte. Dr. Friedländer drehte sich um und sprang auf den Attentäter zu. In demselben Augenblick feuerte dieser einen zweiten Schuß auf Erzberger ab. Erzberger fiel darauf, wie Zeugen gesehen haben, in seinen Kraftwagen hinein, und der Chauffeur fuhr davon. Der Täter wurde von Sicherheitsbeamten festgenommen und auf der Wache als der am 24. November 1899 zu Berlin geborene frühere Fähnrich und jetzige Schüler Oltwig von Hirschfelde, der in Steglitz wohnhaft [illegible], festgestellt. Der Vater ist Bankbeamter.

Aufruf der Reichsregierung

Berlin, 26. Januar. Auf den Reichsfinanzminister Erzberger ist beim Verlassen des Moabiter Gerichtsgebäudes ein Mordanschlag verübt worden. Ein Schuß hat ihn verwundet. Die Gefährlichkeit der Verletzungen ist noch nicht zu übersehen. Die Reichsregierung sieht erschüttert und in tiefster Empörung vor dieser verbrecherischen Auslebreitung des politischen Kampfes, der einer ihrer Mitglieder mitten in der Durchführung der schwierigsten Aufgabe beinahe zum Opfer gefallen wäre. Sie hängt den Attentäter an die Rockschöße keiner Partei. Sie stellt vor aller Welt fest, daß die blutige Tat unmöglich gewesen wäre ohne die sinnlose und verantwortungslose Hetze, die seit Monaten und in den letzten Tagen gegen den Reichsfinanzminister getrieben worden ist. Sie hat die einzige Hoffnung, daß die Schüsse in Moabit eine Aufrüttelung bewirken möchten, damit die sinnlose Hetze, in welchem Lager sie auch stehen möge, klar macht, vor welchem Abgrund wir stehen. Die Reichsregierung wird nicht nur ihre Mitglieder, sondern jeden Volksgenossen vor Gewalttaten und Vergewaltigung schützen. Sie ruft unter dem Eindruck des vergossenen Blutes alle Deutschen auf, mit ihr alle in Schutz zu nehmen vor Verbrechen gegen den Einzelnen und das ganze Volk!

Berlin, 26. Januar 1920.

Die Reichsregierung.

Bauer. Schiffer. Bell. Dr. David. Geßler. Giesberts. Koch. Müller. Noske. Schlicke. Schmidt.

Das Befinden

Berlin, 26. Januar. Wie wir hören, hat die erste ärztliche Untersuchung des Ministers Erzberger ergeben, daß die Kugel, die den Arm durchbohrt hat, weiter in die Brust gedrungen ist. Näheres muß die Röntgenuntersuchung ergeben. Nach einer Mitteilung des den Reichsfinanzminister behandelnden Arztes, Universitätsprofessors Klesch, kann an eine Entfernung der Kugel zurzeit nicht gedacht werden. Der Zustand des Patienten erheischt für die nächsten Tage größte Schonung, wenn auch unmittelbare Lebensgefahr nicht besteht. Nach Anlegen eines Verbandes wurde Erzberger nach seiner Wohnung gebracht.

Beileidskundgebungen

Berlin, 26. Januar. Der Reichspräsident hat dem Reichsminister Erzberger das nachfolgende Telegramm zugesandt: „Soeben erhielt ich die Nachricht von dem ruchlosen Anschlage gegen Sie. Ich wünsche von Herzen, daß Sie die Folgen dieses verabscheuungswürdigen Attentates glücklich überwinden und Ihre schwere verantwortungsvolle Tätigkeit bald wieder aufnehmen können. Reichspräsident Ebert." — Die Mitglieder des Reichskabinetts haben dem Reichsminister Erzberger anläßlich des auf ihn verübten Attentates ihre Entrüstung über den Vorfall zum Ausdruck gebracht. — Der englische Geschäftsträger Lord Kilmarnok und der italienische Geschäftsträger Graf Aldrovandi di Marescotti haben sich nach dem Befinden des verwundeten Reichsfinanzministers erkundigt.

Vorsichtsmaßregeln

Berlin, 26. Januar. Um allen etwa bestehenden demonstrativen Absichten rechtzeitig entgegentreten zu können, sind umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden.

Pressestimmen

Berlin, 27. Januar. Zu dem Revolverattentat auf Erzberger sagt die „Germania", es sei wohl kein Zufall, daß der feige Revolverheld sich in dem Moment einstellte, in dem der fanatische Ansturm der politischen Gegner Erzbergers an den Worten der wirklich Wissenden zu erlahmen begann. — Zu der „Deutschen Allgem. Zeitg." wird von der Hetze, die seit Jahr und Tag von den Blättern der rechten Opposition gegen Erzberger geschürt wird, gesagt, sie sei mit den Mitteln der wüstesten Agitation geführt worden und habe den Erfolg gezeitigt, den sie haben mußte. — Der „Vorwärts" bezeichnet es als die Pflicht der Regierung, der Rechten zu zeigen, daß sie die Situation falsch auffasse, wenn sie meine, daß der notwendig gewordene Druck gegen links ihr Spiel erleichtern könne. — Von den rechtsstehenden Blättern lehnt die „Deutsche Tageszeitg." das politische Attentat ebenso unbedingt wie vom sittlichen Standpunkte, so auch deshalb vom politischen Standpunkte auf das entschiedenste ab, weil es nach aller geschichtlichen Erfahrung auch das denkbar zweckwidrigste Kampfmittel sei. — Wie in allen anderen Blättern, so wird auch im „Tag" der Vermutung Ausdruck gegeben, daß dem jungen Attentäter der Münchner Graf Arco als Beispiel vorgeschwebt habe.

Die Auslieferungsfrage

Paris, 26. Januar. Nach einer Privatmeldung des „Journal" aus London meldet der Korrespondent des „Daily Chronicle" aus Washington: In diplomatischen Kreisen von Washington spricht man die Meinung aus, die Entscheidung der Niederlande gegenüber dem Auslieferungsverlangen sei den Alliierten willkommen. Die amerikanische Friedensdelegation habe zwar aus Solidaritätsgefühl der Verfolgung Kaiser Wilhelms zugestimmt, aber hierbei erklärt, daß sie den Grundsatz nicht billige.

Rotterdam, 26. Januar. Die „Times" meldet: Lloyd George sagte nach seiner Rückkehr nach England, er bürge dafür, daß der Kaiser ausgeliefert und abgeurteilt werde. Auch „Daily Mail" weiß von bestimmten Erklärungen Lloyd Georges zur Kaiserauslieferungsfrage, die Lloyd George im Unterhause wiederholen wolle.

Finnischer Protest

Helsingfors, 26. Januar. Alle finnländischen Zeitungen veröffentlichen einen Protest gegen das Verlangen auf Auslieferung Kaiser Wilhelms, den 70 der hervorragendsten Finnländer unterzeichneten. Im Aufruf wird ausgeführt, daß das Auslieferungsbegehren juristisch und moralisch verwerflich sei.

Der deutsche Besitz in England haftbar

Haag, 26. Januar. Das englische „Board of Trade" teilt mit, daß nunmehr die Bestimmungen des Friedensvertrages in Wirkung treten, denen zufolge der gesamte deutsche Besitz vom Tage des Friedensvertrages an, soweit er sich im britischen Reiche befindet, zur Begleichung der Schulden von Deutschland an England haftbar ist, ausgenommen sind der Besitz oder die Forderungen aus Geschäften, die nach dem 12. Juni 1919 auf Grund der damaligen englischen Regierungsverfügung gemacht worden sind. Alle Manipulationen mit deutschem Besitz sind von jetzt ab nur mit Zustimmung des Treuhänders für feindlichen Besitz erlaubt. Innerhalb drei Monaten hat jede Person, die deutschen Besitz verwaltet oder im Besitz hat, darüber dem Treuhänder Nachricht zu geben, es sei denn, daß eine solche Mitteilung bereits auf Grund des Gesetzes über den Handel mit den Feinden gemacht worden ist. Diese Verpflichtung besteht auch für den Fall, daß nur der Verdacht besteht, es handele sich um deutschen Besitz. Zuwiderhandlungen werden bestraft. Die Banken dürfen weiterhin aus deutschen Guthaben monatlich 20 Pfund ohne besondere Genehmigung auszahlen.

Wachsender Aufstand im Orient

Konstantinopel, 26. Januar. Der Kampf der arabischen Freiwilligen in Syrien gegen die französischen Truppen, die den Emir Faisal beschützen müssen, ist nach Mitteilungen aus Palästina zu einem großen Aufstand der Araber angewachsen. Die Araber sind besonders empört darüber, daß die Franzosen in Syrien entgegen europäischer Truppen Senegalneger verwenden, die von den Arabern als eine minderwertige Rasse angesehen werden. Von den gefangenen Negern, welche die Araber machten, ist keiner am Leben geblieben. Zu Hunderten lagen die französischen Neger mit abgeschnittenen Köpfen umher. Den Freiwilligen schlossen sich große Mengen weiterer Araber an, und auch Türken meldeten sich als Freiwillige. Wenn die Franzosen keine bedeutende Verstärkung erhalten, werden sie Syrien räumen müssen. — Nach einer Havasmeldung erklärten die anatolischen Deputierten von ihren nationalistischen Wählern die Weisung, in der Kammer sich jedem Eingriff in den Gebietsstand des ottomanischen Reiches zu widersetzen und die sofortige Räumung der besetzten Gebiete zu verlangen. Man spricht von einer Demission des Kabinetts Ali Riza-Pascha und der Bildung eines neuen Ministeriums mit dem Großwesir Marschall Pjzet und nationalistischen Mitarbeitern.

Keine Expedition nach Rußland

Amsterdam, 26. Januar. Laut „Telegraaf" ist in London eine Bestätigung der Meldung eingetroffen, daß die Alliierten und die Vereinigten Staaten nicht die Absicht haben, eine neue Expedition nach Rußland zu entsenden. „Central News" soll Foch im Obersten Rat einen Bericht des englischen Generalstabes vorgelesen haben, wonach mindestens vier europäische Divisionen notwendig seien, um im Kaukasus eine starke Front herzustellen. Nach einer Untersuchung der Lage sah man ein, daß die große Truppenzahl, die England in Irland, Aegypten, Indien und Mesopotamien halten muß, es nicht in die Lage setzt, Freiwilligentruppen noch nach anderen Punkten zu entsenden.

Die Räumung der Abstimmungsgebiete

Danzig, 26. Januar. Die Räumung der abgetretenen Gebiete in Westpreußen, Ostpreußen, Oberschlesien, Memel und Danzig ist um acht Tage verschoben worden. Die Räumung der Zone von Allenstein beginnt daher erst am 30. Januar, die der Abstimmungsbezirke Marienwerder und Oberschlesien erst am 31. Januar. Der Vormarsch der Polen in Westpreußen kommt hierdurch am 31. Januar auf der Linie hart südlich Berent zum Stehen. Die Räumung des abgetretenen Gebietes südlich des Freistaates wird anstatt am 4. am 6. Februar vollzogen sein. Bis zum Eintreffen der Verbandstruppen, das ist am 9. Februar, verbleibt ein Detachement

---

Rosa-Marina

Roman von Melati van Java

Aus dem Holländischen übersetzt von Leo Tepe van Heemstede

(29. Fortsetzung.)

„Ich werde mein Haus meinem Kinde nicht verschließen. Ich hätte es selber vor deiner Frau nicht getan, wenn du sie mir in anderer Weise vorgeführt hättest; aber es ist nun so schade, jammerschade . . ."

„Es ist so manches zu bedauern," sagte er, sich aus dem Wagenfenster lehnend.

Aber Sophie nahm seine Hand und sagte herzlich:

„O Frank, das Bild ist wunderhübsch; es ist, als wenn das Licht aus diesen schwarzen Augen strahlte. Wer war dein Modell?"

„Meine Frau. Sie hat mir zuerst gefallen, später habe ich es nach dem Gedächtnis ausgearbeitet."

„Und hast du viele Sachen fertig?"

„Eine Menge Skizzen."

„Aber keine große Arbeit?"

Seine Stirn umwölkte sich. — „Ich komme nicht weiter damit."

„Woran liegt das denn?"

„Es fehlt mir ein Impuls, eine mächtige Improvision, die meine Seele erfüllt und mich in den Stand setzt, sie auf der Leinwand wiederzugeben."

8.

Bei der Familie van Haeren war große Freude über die Rückkehr des verlorenen Sohnes. Selbst Henri kam, um ihn zu begrüßen, und Charlotte, die „liebenswürdige" Charlotte, fiel ihm um den Hals und ließ einige gefühlsvolle Tränen auf seinen Rock tröpfeln.

„Nicht wahr, Frank, du tust es nie wieder. Nicht wahr?" —

„Was meinst du? Was soll ich nicht wieder tun? Warum soll ich nicht auf Reisen gehen? Wenn es mir einfällt, morgen schon."

„Aber nicht in dieser sonderbaren Weise. Du hast dich fortgestohlen, als wenn du gar keine Familie mehr hättest. Das ist nicht fein von dir. Mama ist wenigstens um zehn Jahre älter geworden!"

Henri redete noch etwas von unsinnigen Streichen, aber von Franks Frau wurde auf Wunsch der Mutter nicht gesprochen, man fand es unter den obwaltenden Umständen als das Klügste, zu tun, als wenn die Heirat gar nicht stattgefunden hätte.

Es wäre doch vergebliche Mühe gewesen, von dem Künstler etwas Näheres über sein kurzes Eheleben oder die Gründe, die zur Trennung führten, erfahren zu wollen. Er war ganz der nämliche Frank geblieben. Meistens war er still und in sich gekehrt, immer mit seinen Skizzen und Zeichnungen beschäftigt, in den Straßen umherirrend, aber noch mehr als früher von den Menschen sich zurückziehend. Man ließ ihn gewähren; er hauste wieder in seinem alten Zimmer, gab auf zudringliche Fragen keine oder nur eine halbe Antwort und machte niemand zu seinem Vertrauten.

„Hör mal, Frank," sagte die Mutter eines Tages, „morgen Sonntag feiert Lotte ihren Namenstag; sie erwartet uns alle zu Tisch. Du gehst doch mit, nicht wahr?"

„Du weißt ja doch, Mama, daß ich Diners nicht leiden kann."

„Aber es ist kein Diner, wie sind ganz unter uns. Du hast Charlotte noch nicht besucht, und das arme Kind möchte dich gern bei sich sehen. Ich werde dann alle meine Kinder beisammen haben."

Sie schwieg plötzlich, sie mochte wohl an die entlaufene Schwiegertochter denken. Frank schien es nicht zu bemerken.

„Tue mir den Gefallen," drängte seine Mutter, bis er endlich sagte:

„Ich werde mal sehen."

Meta und Sophie waren in der Nähe. Sie waren sehr gespannt, was Frank sagen würde, und kaum war er fort, als sie mit der Frage herausstürzten: „Was hat er gesagt? Kommt er?"

„Er wird einmal sehen!"

Das „Sehen" war dem Wunsche der Familie entsprechend ausgefallen, denn am Sonnabend zur bestimmten Stunde erschien Frank in tadelloser Toilette in der Wohnung seiner Schwester, wo die übrige Familie schon versammelt war.

„Wie stattlich er aussieht!" flüsterte die Mutter ihrer Schwiegertochter zu; „es ist schade um ihn, er wird gerade so ein einsamer Mensch wie sein Onkel Theodor.

Die Gesellschaft war ziemlich zahlreich, denn zu dem Begriff „unter uns" gehörten auch einige Familienmitglieder Sandbergs. Die Hausfrau war ein wenig aufgeregt; in letzter Zeit war sie überhaupt etwas reizbar, so daß es ihr oft schwer wurde, ihre Liebenswürdigkeit zu bewahren. Die, welche sie am meisten ärgerte, war gerade ihr Liebling Marie, das Kleinod aller Dienstmädchen.

Wodurch? Das wußte sie selbst nicht. Vielleicht gerade durch ihre Vollkommenheit. Lotte hätte so gern einmal etwas an ihr zu tadeln gefunden, aber das brachte sie nicht fertig; wenn sie sich einmal um nichts ereiferte, dann hatte Marie etwas an sich, als wenn sie sagen wollte: Madame ist ganz gut, aber Madame ist nicht ganz zurechnungsfähig. Ich werde ihr den Willen tun, obschon ich es besser weiß; gegen Kinder und Narren muß man nachgiebig sein.

Der schwierige Augenblick war da, an welchem das Gespräch zwischen den Gästen zu stocken beginnt, wo ein Gegenstand nach dem anderen zur Sprache gebracht wird, ohne die Aufmerksamkeit zu fesseln, wo bei jedem leisen Geräusch die Blicke unwillkürlich, anscheinend nur gleichgültig, aber im Grunde verlangend zur Tür schweifen, ob nicht endlich die willkommene Botschaft von dort ertönte, daß man zu Tisch kommen möge. Frau Sandberg hatte Mühe, ihre Sinne beisammen zu halten; es waren so viele Dinge, an die sie denken mußte und die ihr Sorge machten. Der Pastetenbäcker ließ noch auf sich warten, und die Brötchen waren so klein, daß sie kaum für alle Gäste reichen würden.

An diese und andere wichtige Dinge dachte Charlotte, während sie anscheinend aufmerksam ihrer Tante lauschte, die von den Eindrücken einer Harzreise erzählte. Frank stand am Kamin mit seinem Schwager Sandberg und dessen Vetter Emil, einem Stutzer mit reich pomadisiertem, in der Mitte gescheiteltem Haar und einem steif gewichsten Schnurrbärtchen. Der junge Mann sprach eifrig über Kunst und Frank ließ ihn plaudern.

Die Türe wurde geöffnet und Marie rief mit heller Stimme: „Madame, die Suppe ist aufgetragen."

Man erhob sich. Der Stutzer näherte sich der Hausfrau: „Immer noch deine Mägdeperle, Charlotte!"

(Fortsetzung folgt.)

Reichswehrtruppen zur Unterstützung der Sicherheitspolizei im Freistaatsgebiete. Das Generalkommando verläßt Danzig am 31. Januar und siedelt nach Köslin über. In Danzig verbleibt nur noch ein Wachkommando unter Führung des Oberleutnants Siapff.

Breslau, 26. Januar. Das Generalkommando des 6. Armeekorps teilt mit, daß die Räumung des oberschlesischen Abstimmungsgebietes fünf Tage später als vorgesehen beginnt. Die erste Zone muß somit am 31. Januar 7 Uhr vormittags, die letzte Zone am 10. Februar 7 Uhr vormittags von allen deutschen Truppen geräumt sein.

Kiel, 26. Januar. In einer hiesigen angesehenen Druckerei wurden große Plakate beschlagnahmt, die in deutscher und dänischer Sprache auffordern, bei der bevorstehenden Abstimmung für Dänemark zu stimmen. Die Plakate sollten durch zwei Beauftragte nach Flensburg geschafft werden.

Die internationale Kommission in Flensburg

Flensburg, 26. Januar. Im Sonderzuge von Kopenhagen kommend, traf heute mittag um 12 Uhr die internationale Kommission in Flensburg ein, um die Regierungsgewalt im Abstimmungsgebiete zu übernehmen. Ihre vier Mitglieder sind die Gesandten in Kopenhagen Sir Charles Merling und Paul Claudel, der schweizerische Kammerherr von Sydow und der norwegische Telegraphendirektor Hesine. Generalsekretär ist Mr. Brodenell-Bruce, der bereits seit einiger Zeit in Flensburg weilt. Bei der Ankunft wurde die Kommission von der Stadtvertretung empfangen. Auf dem Bahnhofsplatze waren englische und französische Matrosen als Ehrenwache aufgestellt.

Der Rücktransport der Gefangenen

Berlin, 20. Januar. Morgen wird der Landabtransport der linksrheinisch beheimateten deutschen Gefangenen, die in der französischen Kampfzone untergebracht worden waren, beendet sein. Der Abtransport der Gefangenen, die im unbesetzten Deutschland zu Hause sind, setzte bereits am 21. Januar auf der Linie 1 (Aachen—Köln—Düsseldorf) mit täglich drei Zügen ein. Im ganzen waren 28 Züge erforderlich, um die linksrheinischen Gefangenen aus der Kampfzone in die Heimat zu bringen. Davon wurden 15 vom 20. bis 24. Januar auf der Linie 1 abgelassen, während 13 Züge den südlichen drei Eisenbahnlinien zufielen.

Kuxhaven, 26. Januar. Der Dampfer Rügen trifft heute aus Rouen mit 551 Heeresangehörigen, darunter drei Schwer- und neun Leichtkranken, hier ein. — Der Dampfer Melilla geht heute von Le Havre ab. Von französischer Seite scheint alles zu geschehen, um den Abtransport ohne Stockung durchzuführen.

Schließung der Eisenbahnwerkstätten

Berlin, 26. Januar. Wegen Unwirtschaftlichkeit infolge des starken Rückganges der Arbeitsleistungen wurden folgende preußische Eisenbahnwerkstätten geschlossen: Berlin 1 und 2, Stargard, Sebaldsbrück, Darmstadt 1 und 2, Salbke, Frankfurt a. M., Jena, Gotha, Breslau, Königsberg i. Pr. Den Arbeitern wurde unter Verzicht auf weitere Dienste gekündigt.

Berlin, 26. Januar. Die Schließung der Eisenbahnwerkstätten ist heute im allgemeinen ohne besondere Ausschreitungen durchgeführt worden. Die Arbeiterschaft ist über die Verfügung außerordentlich erregt und überall finden Versammlungen statt, in denen zu ihr Stellung genommen wird, aber nirgends ist es dabei zu Unruhen gekommen. Das besagen nicht allein die Nachrichten aus Berlin und Breslau, sondern auch aus Thüringen, Hannover und Mainz. Bezeichnend für die Stimmung in der Berliner Eisenbahnarbeiterschaft ist ein Vorfall bei einer hiesigen Versammlung. Da haben die alten Arbeiter den jungen zugerufen: „Da seht Ihr, Ihr habt die Schuld. Wir müssen darunter leiden. Aber wir wollen arbeiten und wir werden arbeiten!"

Erhöhung der Tarife.

Berlin, 26. Januar. Die bereits angekündigte beträchtliche Erhöhung der Güter- und Personentarife auf der Eisenbahn wird nach dem Abschluß des Tarifvertrages am 1. März in Kraft treten. Der Aufschlag auf die bisherigen Fahrpreise dürfte danach mehr als 50 Prozent betragen.

Sechs Stunden oder Ueberstunden?

Bochum, 26. Januar. Die Generalversammlung des Alten Bergarbeiterverbandes sprach sich heute einstimmig grundsätzlich für die Verkürzung der regelmäßigen unterirdischen Arbeitszeit auf sechs Stunden aus. In der weiteren namentlichen Abstimmung wurde ein Oppositionsantrag, die Sechsstundenschicht im Februar durch Arbeitseinstellung zu erzwingen, mit 182 gegen 36 Stimmen abgelehnt.

Hamburg, 26. Januar. Eine von Tausenden besuchte Versammlung des Ortskartells Hamburg des Deutschen Beamtenbundes billigte gestern den Aufruf des Beamtenbundes zur Arbeit und zur Beseitigung der Korruption in den eigenen Reihen, soweit sie vorhanden ist. Aber erst dann werde sie das pflichttreue Wirken der Beamten im Wiederaufbau des Vaterlandes wirksam unterstützen können, wenn endlich die noch in weiten Kreisen des Volkes vorhandene Arbeitsunlust verschwinden, dem Schieberunwesen und der allgemeinen Korruption energisch von allen Seiten entgegengetreten wird. Noch scheine es, als solle das deutsche Volk an der Selbstvernichtung zugrundegehen. Alle Aufrufe, woher sie auch kamen, waren zwecklos und sind wirkungslos verhallt. Nur Taten können noch helfen. Wohlan denn, wir sind zur Tat bereit und wollen lieber Ueberstunden auf uns nehmen, als mitschuld sein an der drohenden Selbstvernichtung. — Meldungen aus München zufolge werden mehrere bayrische Eisenbahnwerkstätten ab 1. Februar den neunstündigen Arbeitstag einführen, die neunte Stunde gilt als Ueberstunde.

Unsere Brotversorgung

Berlin, 26. Jan. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß die Ausmahlungsquote für Brotgetreide vom 1. Februar an von 84 auf 90 v. H. heraufgesetzt wird. Die frühere Ausmahlungsquote betrug 96 v. H. Gleichzeitig ist, um die Anlieferung von Brotgetreide zu verbessern, eine große Druschaktion in Angriff genommen worden, für die bereitliegende Kohlen zur Verfügung gestellt worden sind. Die Kohlen sind zum Teil bereits im Rollen nach den Verwendungsgebieten. Ein kleines Ansteigen der Anlieferung ist bereits zu verzeichnen. Eine Herabsetzung der Brotration findet nicht statt, ist auch vorläufig nicht beabsichtigt.

Aus Berlin schreibt man uns dazu:

Als vor einigen Tagen ernste Mitteilungen über den schlechten Stand unserer Getreide-Versorgung erschienen waren, wurden von amtlicher Seite beschwichtigende Stimmen laut, welche die Befürchtungen, die darin enthalten waren, als nicht gerechtfertigt hinzustellen suchten. Schneller als wir selbst es dachten, haben sich jedoch unsere Befürchtungen bestätigt. Die Regierung sieht sich jetzt zu der Mitteilung gezwungen, daß die Ausmahlungsquote für Brotgetreide von bisher 85 auf 90 Prozent erhöht wird.

Es ist ein schlechter Trost, wenn man darauf verweist, daß früher die Quote 96% betrug und wir damals immer noch ein [illegible] schlechteres Brod hatten. Dieser Trost ist um deswillen weniger angebracht, weil entgegen anfänglicher Besserung auch dieses 85%-Brod teilweise nicht zu genießen war. Wir haben also Aussicht, daß die Dinge statt besser nur noch schlechter werden. Dabei verschlägt es garnichts, daß eine Herabsetzung der Brotration fürs erste nicht beabsichtigt wird. Wir würden unsere Pflicht der Oeffentlichkeit gegenüber vernachlässigen, wenn wir nicht darauf aufmerksam machten, daß eine Verkürzung der Brotration unvermeidlich sei, wenn nicht größere Reservequellen erschlossen werden. Es ist nach Lage der Dinge unmöglich, aus unseren eigenen Beständen das seitherige Quantum zu sichern. Was schließlich die Aussichten für die Brotfrucht im nächsten Jahre angeht, so sind diese angesichts der Winterförderung an Kohle und der dadurch bedingten Stillegung wichtiger landwirtschaftlicher Betriebe [illegible] falls denkbar ernst. Das muß klar ausgesprochen werden, [illegible] wenn man das Uebel kennt, kann man ihm steuern.

Kleine Nachrichten

Berlin, 26. Januar. Wie die B. Z. aus politischen Kreisen erfahren haben will, soll der Gesandte Graf Alfred Oberndorff zum Botschafter in Madrid an Stelle des Gesandten Dr. Rosen, der von der spanischen Regierung als unerwünscht bezeichnet wurde, ausersehen sein.

Paris, 26. Januar. Auf der heute beginnenden Botschafterkonferenz werden vertreten sein England durch Lord Derby, Italien durch Graf Bonin Longare, Japan durch Matsui, Frankreich durch Jules Cambon oder durch Paleologue. Petit Parisien glaubt, daß auch der amerikanische Botschafter Wallace den Beratungen beiwohnen wird.

Reval, 26. Januar. Die russische Nordwestarmee ist durch Befehl des Generals Judenitsch aufgelöst worden.

Nachrichten aus Sachsen

Die künftige Gestaltung der neuen sächsischen Reichstagswahlkreise

Aus den jetzt veröffentlichten Entwürfen zum neuen Reichstagswahlgesetz geht hervor, daß es sich um zwei Vorschläge handelt, von denen der eine (A) Wahlkreise vorsieht, auf die in der Regel 6 Abgeordnete entfallen und der andere (B) kleinere Wahlkreise, auf die 4 Abgeordnete entfallen. Wie uns aus parlamentarischen Kreisen berichtet wird, hat die sächsische Regierung für diese beiden Vorschläge ihrerseit Unterlagen ausgearbeitet und in Berlin unterbreitet. Nach diesen ist die Abgrenzung der Wahlkreise für 6 Abgeordnete etwa folgenderwaßen gedacht: 1. Kreis: Amtshauptmannschaften Zittau, Löbau, Bautzen, Kamenz, Großenhain, Pirna evtl. Dresden-Neustadt. 2. Kreis: Dresden-Stadt, Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt, Freiberg, Dippoldiswalde, Pirna, evtl. Dresden-N. 3. Kreis: Amtshauptmannschaften Meißen, Großenhain, Oschatz, Grimma, Borna, Rochlitz, Döbeln, Flöha. 4. Kreis: Leipzig-Stadt und Land. 5. Kreis: Chemnitz-Stadt und Land, Amtshauptmannschaften Glauchau, Stollberg, Annaberg, Marienberg. 6. Kreis: Zwickau-Stadt und Land, Werdau, Plauen Stadt und Land, Amtshauptmannschaften Oelsnitz, Auerbach, Schwarzenberg.

Für die kleineren Kreise: ist folgende Abgrenzung in Erwägung gezogen: 1. Kreis: Amtshauptmannschaften Zittau, Löbau, Bautzen, Kamenz, Pirna Dresden-N. 2. Kreis: Dresden-Stadt. 3. Kreis: Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt, Freiberg, Dippoldiswalde, Pirna oder Dresden-N. 4. Kreis: Großenhain, Meißen, Oschatz, Döbeln. 5. Kreis: Leipzig-Stadt, 6. Kreis: Amthauptmannschaften Leipzig-Land, Grimma, Borna, Rochlitz. 7. Kreis: Chemnitz Stadt und Land, Amtshauptmannschaft Flöha. 8. Kreis: Amtshauptmannschaften Marienberg, Annaberg, Schwarzenberg. 9. Kreis: Zwickau Stadt und Land, Amtshauptmannschaft Werdau, Glauchau, Stollberg. 10. Kreis: Plauen Stadt und Land, Amtshauptmannschaften Oelsnitz, Auerbach.

Steuererklärungen zu den Kriegsabgaben

Zur Abgabe der Steuererklärungen zu den beiden Kriegsabgaben gibt Wolffs Tel. Bureau folgendes bekannt:

1. Zur außerordentlichen Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919 haben nur die Gesellschaften Steuererklärungen abzugeben, die natürlichen Personen dagegen nicht. Die Frist zur Abgabe der Steuererklärungen der Gesellschaften ist für Sachsen bis zum 15. Februar 1920 erstreckt worden. Die Gesellschaften sind von den Finanzämtern (Bezirkssteuereinnahmen) durch öffentliche Aufforderungen zur Abgabe der Steuererklärungen aufgefordert worden. Auch wird ihnen eine besondere Aufforderung zur Abgabe der Steuererklärung unter Beifügung eines Vordruckes für die Steuererklärung zugehen. Gesellschaften, die keine derartige besondere Aufforderung erhalten, sind gleichwohl zur Abgabe der Steuererklärung verpflichtet. Sie müssen sich einen Vordruck für die Steuererklärung vom Finanzamt (Bezirkssteuereinnahme) verschaffen. Die Steuererklärung ist beim Finanzamt (Bezirkssteuereinnahme) einzureichen.

2. Zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs sind nur die natürlichen Personen abgabepflichtig. Die Frist zur Abgabe der Steuererklärung für die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs wird für Sachsen bis zum 25. März 1920 erstreckt werden. Die Abgabepflichtigen werden später, wahrscheinlich in den ersten Tagen des März, sobald die erforderlichen Vorarbeiten erledigt sind, von den Finanzämtern (Bezirkssteuereinnahmen) zur Abgabe der Steuererklärung öffentlich aufgefordert werden. Außerdem wird den meisten Abgabepflichtigen dann auch eine besondere Aufforderung zur Abgabe der Steuererklärung mit zwei Vordrucken zugehen. Vor Erlaß der öffentlichen Aufforderung zur Abgabe der Steuererklärung in den ersten Tagen des März sind in Sachsen Steuererklärungen für die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs nicht einzureichen, außer wenn ein Abgabepflichtiger seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt ins Ausland verlegen will.

— **Wirtschaftsminister Schwarz** erlitt am Sonntag in seinem Garten durch Sturz von der Leiter einen schweren Unfall, der seine sofortige Ueberführung in das Krankenhaus notwendig machte. Er hat sich eine Gehirnerschütterung und eine Verstauchung der Wirbelsäule zugezogen, so daß er längere Zeit bewußtlos war. Auch der Arm ist verletzt. Der behandelnde Arzt hofft, ihn in etwa 4 Wochen wieder soweit hergestellt zu sehen, daß er seine Geschäfte wieder aufnehmen kann. Inzwischen wird ihn Arbeitsminister Heldt vertreten.

Herr Konteradmiral Reuter hat, wie uns der Landesausschuß der Vereine vom Roten Kreuz in Sachsen mitteilt, nachstehendes Telegramm im Namen der in [illegible] befindlichen Scapa-Flow-Offiziere und Mannschaften an den Zentralkomitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz in Berlin gerichtet: Von zahlreichen Vereinen und Rotekreuz-Komitees [illegible], zum Beispiel Rotes Kreuz Bremen, Oldenburg, Essen, [illegible] und Nürnberg u. a. sind den in Donnington Hall gefangenen Scapa-Flow-Offizieren und Mannschaften in großer Anzahl Liebesgabenpakete, Nahrungsmittel und Geldspenden zugesandt worden. Zum weitaus größten Teil sind die Gaben bereits in unserem Besitz, andere sind noch unterwegs oder bereits angekündigt. Da wir leider nicht in der Lage sind, allen den treusorgenden Spendern, so wie wir gern möchten, brieflich unseren aufrichtigsten Dank auszusprechen, da außerdem bei einzelnen Gaben die Spender unbekannt sind, bitten wir das Zentralkomitee durch Weiterverbreitung dieser Zeilen in geeigneten Pressorganen unser Aller Dank denen vermitteln zu wollen, die unserer zu Weihnachten gedacht und uns trotz Stacheldraht zu einem schönen Fest in fremdem Land verholfen haben.

Aus Dresden

—* **Einverleibung in Dresden.** Das Stadtgebiet von Dresden dürfte, wie wir hören, in absehbarer Zeit, beträchtlich vergrößert werden. Die Einverleibungsverhandlungen mit Dobritz sind dem Abschlusse nahe. Die Stadt Dresden erstrebt ferner die Eingemeindung der vier Vororte Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch und Bühlau, die alle sehr steuerkräftig sind, die aber bisher keinerlei Neigung verspüren, ihre Selbstständigkeit aufzugeben. Dresden jedoch macht seine Eingemeindung zur Bedingung für die Gewährung einer Unterstützung für die beiden Landestheater. Da auch in absehbarer Zeit nach den Vorschriften der neuen Reichssteuern die bisherigen steuerlichen Vorteile jener 4 Gemeinden verschwinden werden, besteht die Hoffnung, daß die Eingemeindung über kurz oder lang durch friedliche Verständigung herbeigeführt werden wird, ohne daß es eines Landesgesetzes etwa nach dem Muster des Gesetzes über Groß-Berlin bedürfte. Im Anschluß daran wurde dann auch die von den Vororten Briesnitz, Stetzsch und Kemnitz erstrebte Einverleibung in Dresden, auf die die Hauptstadt selbst nicht allzuviel Wert legt, erfolgen können.

—* **Scheidemantel Dresdner Operndirektor.** Wie uns gemeldet wird, ist am Montag der Anstellungsvertrag mit Karl Scheidemantel zustande gekommen. Er übernimmt am 1. Februar die künstlerische Leitung der Dresdner Oper mit der Dienstbezeichnung Operndirektor.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

§ **Dresden.** Der Kathol. Bürgerverein veranstaltet am Sonntag, den 8. Februar, im „Neustädter Kasino", Königstr. 15, sein diesjähriges Stiftungsfest, bestehend in Theater, dargeboten vom Dramatischen Verein „Lützower", sowie Ball und Gabenlotterie. — Die Mitglieder sowie Freunde des Vereins werden gebeten, sich diesen Abend, der ein sehr genußreicher zu werden verspricht, für den Bürgerverein freizuhalten.

§ **Dresden.** Kath. Frauenbund (Zweigverein Dresden). Es sei nochmals auf die, Mittwoch den 28. d. ½8 Uhr im kath. Gesellenhaus stattfindende Generalversammlung aufmerksam gemacht. Da infolge hoher Druckkosten ein Jahresbericht nicht erscheinen kann, wird der mündliche Bericht gewiß interessant zu hören sein. Auch der darauffolgende Vortrag des Herrn Direktor Dünnebier wird vielseitige Anregung bieten.

§ **Dresden-Pieschen.** Die Volksvereins-Versammlung bei Wankes nahm einen erhebenden Verlauf. Für den erkrankten Herrn Chefredakteur Heßlein war in letzter Stunde noch Herr Lehrer Kretschmer aus Chemnitz herbeigeeilt. 800 erschienene Frauen und Männer sprachen dem kathol. Schulvorstand und Gesamtelternrate ihren Dank und ihr Vertrauen aus. Näherer Bericht folgt.

* **Dresden-Cotta.** Die Gemeindeversammlung, zu der der Benno-Verein am 25. Januar eingeladen hatte, war gut besucht. Den Vorsitz führte ein Mitbegründer des St. Benno-Vereins, Herr Weiß, der zu Beginn den Redner des Abends, Herr Hauptschriftleiter Heßlein, begrüßte. Der Redner führte aus: Alle Delegierten des Parteitages, gegen 400, eine Reihe von Bayern mit eingeschlossen, haben grundsätzlich der Partei wie auch dem Reichsfinanzminister Erzberger das Vertrauen ausgesprochen. So ist auch der Eintritt des Zentrums in die Regierung gebilligt; durch Teilnahme an der Koalition sind wichtige Grundsätze in die neue Verfassung hineingearbeitet: die Bestimmungen über die Ehe und die Familie, über Glaubens- und Gewissensfreiheit, die Freiheit der religiösen Orden, den Schutz des Privateigentums, die Bestimmung, nach der in der Schulfrage der Wille der Erziehungsberechtigten maßgebend ist, auch den Bestimmungen über die Güter der toten Hand, deren Schutz oder Ablösung die Verfassung gewährleistet. Die Ablösung würde aber vorläufig nicht eintreten können, weil den Einzelstaaten dazu die Mittel fehlten, so daß zunächst wohl alles beim alten bleibt. — Der Redner trat bei Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Einzelstaaten für den Einheitsstaat im Sinne des Abgeordneten Porsch ein; wegen der Bedrohung der kulturellen Güter müßten die Katholiken Sachsens den Einheitsstaat begrüßen. — Im Dresdener Schulkampf, in dem die Katholiken sich bewährt hätten, indem 300 Eltern ihre Kinder an den katholischen Schulen angemeldet und nur 15 ihre Kinder anderen Schulen zugeführt hätten, erwartet er für die Katholiken vom Schulausschusse dieselbe Lösung wie in Leipzig; sowohl nach der Reichsverfassung wie nach dem Uebergangsschulgesetz bestände der Standpunkt der Dresdner Katholiken zu Recht. Gegen Schluß betont der Redner die Notwendigkeit des Eintritts in die Zentrumspartei mit Jahresbeitrag; wenn die Unabhängigen von jedem Mitgliede 1 Mark die Woche forderten, so müsse die Unterstützung der Zentrumspartei und Zentrumspresse viel umfangreicher werden. Dem Redner wurde während des Vortrages und besonders am Schlusse die lebhafte Zustimmung der Versammlung zu teil. — Pfarrer Seidler sprach im Namen der Gemeinde, dem Redner, sowohl in seiner Tätigkeit als Sekretär der Partei, wie als Leiter der Sächsischen Zentrumspresse die volle Anerkennung aus: der persönliche Opfersinn des Redners wie auch seine politische Orientierung, besonders auch seine Haltung in der Schulfrage würden in der Gemeinde dankbar gewürdigt! Weiter warb der Pfarrer für die Zentrumspresse und den Eintritt neuer zahlender Mitglieder in die Partei. Herr Kasballa ermunterte zum Ausharren am Schulkampfe, Herr Lavel und Richter forderten, daß die Katholiken sich im politischen Leben betätigten und unterstrichen den Satz des Redners, daß Weltanschauung und Politik nicht mehr zu trennen seien. — 26 Mitglieder wurden für die Zentrumspartei gewonnen und zahlten sofort ihren Beitrag mit 93 Mark, einige neue Abonnenten erwarb die Sächsische Volkszeitung. Mit herzlichen Dankesworten schloß Herr Weiß die Versammlung.

* **Leipzig-Süd.** Alle Katholiken von Leipzig-Süd sind freundlichst eingeladen zur Weihnachtsfeier am Mittwoch, den 28. Januar, abends ½7 Uhr im Restaurant „Goldne Krone", Leipzig-Connewitz, Begauer Straße 39. — Helft im Süden endlich kathol. Leben wecken und die zerstreuten Kräfte sammeln!

§ **Ostritz.** Volksverein f. d. kath. Deutschland. Am 18. Januar hielt Herr Kantor Rißt einen außerordentlich inhaltreichen Aufklärungsvortrag über „Wesen und Aufgaben der Elternräte". Der Elternrat soll weder eine neue Ortsschulaufsicht, noch nur eine Beschwerdeinstanz sein, sondern er soll ratend und fördernd den Entschließungen des Lehrerausschusses und des Schulvorstandes den festen Rückenhalt geben. Da die Reichsverfassung die konfessionellen Schulen in die Hand der Erziehungsberechtigten legt, ist es die Hauptaufgabe des Elternrates, unsere kath. Schulen zu erhalten. Daher müssen alle Eltern für die konfessionelle Schule eintreten. Da von 125 Erziehungsberechtigten nur etwa 90 anwesend waren, der zu bildende Elternrat sich aber möglichst auf die Stimmen aller Eltern gründen muß, empfahl es sich, einen Vorbereitungsausschuß zu wählen. Der Vorsitz wurde Herrn Kantor Rißt übertragen. Der Vorbereitungsausschuß besteht aus den Herren Schneidermeister Rudolph, Fabrikexpedient [illegible], Webermeister Blaschke, Frau Assistent Berger, Frau [illegible] Grohmann, Frau Obusbesitzer Kretschmer. Herr Dr. [illegible] wünscht die Veranstaltung von Elternabenden. Die [illegible] Ortsgruppe des Volksvereins ist nach dem Kriege gewachsen [illegible] Mitglieder, 18 neue Mitglieder meldeten sich [illegible]. Möchte sich in unserer [illegible] immer mehr zum Sammelverein des kath. Volkes [illegible], um die Grundsätze des Katholizismus in einem [illegible] zu bedeutenden Machtfaktor zu erheben!

Parteinachrichten

Sächsische Zentrumspartei, Ortsgruppe Meißen. Die hiesige Ortsgruppe hielt am 18. Januar ihre 8. Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Lehrer Bremer, begrüßte die Erschienenen und gab zunächst einen Rückblick über die Entwicklung der hiesigen Ortsgruppe, ferner einen Ausblick in die durch den schmachvollen Frieden geschaffene, sorgenvolle Zukunft. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung gelangte der Jahres- und Kassenbericht zur Kenntnisnahme. Die Wahlen gingen glatt von statten. Sämtliche bisherigen Vorstände sowie Vertrauensleute wurden einstimmig wiedergewählt. Unter Verschiedenes trat Herr Pfarrer Gruhl mit besonders warmen Worten für unsere Sächsische Volkszeitung ein und es zeigte sich bald darauf, daß seine Ausführungen auf fruchtbaren Boden gefallen waren. Sieben neue Abonnenten waren der Erfolg. Auch zur Ortsgruppe waren einige Aufnahmen zu verzeichnen, so daß die Zahl 100 bald erreicht ist. Im weiteren Verlauf der Tagesordnung wurde die bereits in mehreren Städten entbrannte Schulkampffrage angeschnitten, zu welcher die Herren Pfarrer Gruhl, Direktor Schönfelder, sowie Herr Lehrer Jünemann Erläuterungen gaben. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten hielt noch der Vorsitzende einen interessanten Vortrag über „Zentrum und Arbeiterschaft."

Zschachwitz und Umg., Kasino. Am Sonntag wurde uns ein langersehnter Wunsch erfüllt, nämlich Herrn Heßlein sprechen zu hören. Im Rahmen weniger Zeilen die Stoffülle des Vortrages zu

fassen, ist unmöglich. Es wurde die Schulfrage, die Politik des Zentrums, besonders seine Mitarbeit in der Koalitionsregierung, und unsere Pflicht, unverbrüchlich zum Zentrum zu halten, eingehend behandelt. In einer zu Herzen dringenden Mahnung, die katholische Presse um ihrer großen Kulturaufgaben willen durch Abonnement und Inserate sicherstellen zu helfen, klang der leichtverständliche, begeisternde Vortrag aus. — Im Anschluß daran forderte Herr Lehrer Nitsche-Dresden zur Bildung einer Ortsgruppe „Dresden-Südostvororte" des Zentrums auf. Herr Postsekretär Franke-Leuben gab für das katholische Kasino Zschachwitz die Versicherung ab, gern an dem Erstehen einer Zentrumsorganisation im Vereinsgebiete mitwirken zu wollen. Die Aufrufe zeitigten das schöne Ergebnis, daß sich sofort 35 Anwesende verbindlich machten, der neuen Ortsgruppe beizutreten; ihre Gründung ist somit gesichert. Nach erläuternden Worten des Versammlungsleiters Herrn Kaufmann Hoppe-Zschachwitz wurde die erfolgreiche Versammlung, die erste ihrer Art in hiesiger Gegend, geschlossen. Herrn Hauptschriftleiter Heßlein gebührt besonderer Dank dafür, daß er trotz der großen in den letzten Tagen an ihn gestellten Anforderungen — Berliner Parteitag — zu uns gekommen ist! Fr.

Kirchliches

Das eucharistische Männerapostolat und die Sühne

Unsere Vereinigung soll dem eucharistischem Gotte dienen. Zu einem Dienste gehört aber ganz gewiß auch Sühne und Genugtuung für all' die vielen Beleidigungen, die dem Herrn und König, in der Brotgestalt unserer Tabernakel verhüllt, von ruchlosen Untertanen so vielfach angetan werden. Mag es wahr sein, daß viele der Frevler ihn nicht kennen und nicht erkennen, die Verunehrung bleibt. Der milde Heiland läßt sich's gefallen, daß die hl. Gestalten, unter denen er sich verbirgt, auch in unseren Tagen noch manchmal in erschrecklicher Weise verunehrt werden.

Die Hände der Gottlosen haben hineingegriffen in den Tabernakel der ehrwürdigen Hofkirche in Dresden. Wie hat das doch so mächtig das Herz des katholischen Volkes ergriffen! Und es war nicht die erste Untat dieser Art, die im Apostolischen Vikariat Sachsen geschah. Gewiß haben die betreffenden Gemeinden ihre Sühnandachten gehalten. Vor allem aber sind zur Sühneleistung auch die berufen, die sich Apostel der hell. Eucharistie ansprechen lassen. Ihre gemeinsame Monatskommunion am nächsten Sonntag muß unter dem Gedanken stehen: „Wir katholischen Männer wollen mit unserer Liebe und Treue dem Herzen des allerheiligsten göttlichen Erlösers Sühne und Genugtuung darbieten für die Freveltaten, die an seinem Heiligtum geschehen sind. Unsere innige und dankbare Liebe zur heiligen Eucharistie, unsere ernste und gewissenhafte Vorbereitung auf den Empfang der hl. Kommunion, unsere fromme und ungekürzte Danksagung nach ihrem Genuß soll dem Heiland zeigen, daß wir ihn über alles ehren und lieben". In Scharen mögen die Männer antreten zur diesmaligen gemeinsamen Kommunionfeier und vor der ganzen Gemeinde und für alle ihre Familien bekunden: Wir stehen noch in Treue fest zu unserm Heiland und Ernährer; wir katholischen Männer wären bereit, selbst unser Leben in die Schanze zu schlagen für das Geheimnis des Glaubens, das allerhöchste Gut der Kirche.

Nicht nur in der Hauptkirche und Quasikathedrale des Apostolischen Vikariats Sachsen, nein in allen Gemeinden, in denen glaubensbegeisterte Mitglieder des eucharistischen Männerapostolats sich zusammengeschlossen haben zum hl. Bunde, soll die nächstsonntägige Männerkommunion ein heiliger und großartiger Ausdruck für den Geist der Opferbereitschaft, der Hingabe, des Sühnewillens werden, der, Gott sei es gedankt, noch in so vielen katholischen Männerherzen lebt und arbeitet. Auf denn, ihr lieben Mitglieder des Apostolates, auf zur Sühnekommunion! Und ihr, die ihr dem Männerapostolat noch nicht angehört, schließt euch an und stärket die Reihen!

An unsere Leser!

Um unliebsame Verzögerungen zu vermeiden, bitten wir alle Einsendungen an die Redaktion nicht an die persönliche Adresse unseres Hauptschriftleiters, Herrn Heßlein, zu schicken, da derselbe zurzeit erkrankt ist.

Gleichzeitig ersuchen wir unsere Abonnenten, um eine schnelle Erledigung der Posteingänge zu ermöglichen, die an uns gerichteten Briefe, soweit sie rein geschäftlicher Natur sind, wie folgt zu adressieren:

Angelegenheiten, die die Druckerei betreffen: an die Saxonia-Buchdruckerei,
Angelegenheiten, die Abonnement und Anzeigen betreffen: an die Geschäftsstelle d. S. V.,
Angelegenheiten, die die Schriftleitung betreffen: an die Schriftleitung d. S. V.

In der morgigen Ausgabe erscheint die 4. Nummer der Beilage „Die Frau".

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: i. Vertr.: Friedrich Koring; für den Inseratenteil: Peter Schrader. — Druck und Verlag der „Saxonia-Buchdruckerei G. m. b. H." zu Dresden

Plötzlich und unerwartet rief Gott, nach einem wahrhaft christlichen Leben, am Sonntag abend unsern langjährigen Vereinsvorsitzenden, unser Ehrenmitglied,

den Küster und Spinnmeister

Herrn August Rosewick

im Alter von 78 Jahren zu sich.

Seine großen Verdienste um Verein und Gemeinde werden ihn uns unvergeßlich machen, und rufen wir ihm ein herzliches „Vergelt's Gott!" in die Ewigkeit nach.

Der Katholische Verein zu Großenhain.

Die Beerdigung findet Donnerstag mittag ½1 Uhr vom Trauerhause aus statt.

KV Katholischer Bürgerverein zu Dresden

Sonntag den 8. Februar, nachm. 5 Uhr

Stiftungsfest

im Saale des „Neustädter Kasino", Königstr. 15

bestehend in

Theater und Ball

verbunden mit **Gabenlotterie** unter Mitwirkung des Dramatischen Vereins „Lützower".

Eintrittskarten à 1.50 Mark durch Buchhandlung Beck, Schloßstr., und Hoflieferant Trümper, Sporergasse.

Katholiken Leipzigs!

Wahret Euer Recht!

Euer Recht als Eltern allein ist es, zu bestimmen, ob Eure Kinder im katholischen Glauben erzogen werden sollen oder nicht. Die Simultanschule verwässert, die weltliche Schule stiehlt den Glauben Eurer Kinder.

Euer Recht als Deutsche ist es, zu verlangen, daß die Reichsverfassung auch Euch gehalten wird. Sie garantiert Euch den Fortbestand der katholischen Schulen bis zum Erlaß des Reichsschulgesetzes. Lasset Euch Euer Recht nicht nehmen.

Das Sächsische Kultusministerium ordnet die Aufhebung der kathol. Schulen in Leipzig mit 1. April 1920 an. So tritt es Euer Recht als Eltern und Bürger mit Füßen.

Wozu das? Man will unsre katholischen Schulen rauben und damit die katholische Erziehung unsrer Kinder unmöglich machen.

Wollt Ihr das? Niemals!

Darum tut Eure Pflicht! Fordert und erhaltet unsern Kindern die katholische Schule!

Protestiert gegen die Vergewaltigung an unserm Recht und unsern Kindern.

Auf zur Protest-Versammlung

am Sonntag, den 1. Februar

nachmittags 4 Uhr

im großen (geheizten) Saale des Buchhändlerhauses, Hospitalstraße.

Sprechen werden Herr Pfarrer **Hottenrott,** Leipzig-Lindenau und Herr Justizrat Dr. **Schrömbgens**-Leipzig.

Kommt alle, bringt alle mit. Es gilt unser Recht und unsern Glauben.

Volksverein für das kath. Deutschland. — Hauptelternrat der kath. Gemeinden in Leipzig.

NB. Für den Schulkampf benötigen wir Geldmittel. Spendet nach Kräften. Annahmestellen: Sämtliche kathol. Elternräte oder Postscheckkonto Leipzig Nr. 60375 Hochschulseelsorger Wilhelm Beier.

Die Felle sind teurer.

Fester Preis für Felle

keine Täuschung durch die Preisbezeichnung **bis.**

Ich zahle bis auf weiteres für

alte, große Bockfelle pro Stck.	140 ℳ	Kalbfelle, o. K., naß Kilo	57 ℳ
alte, große Ziegenfelle „ „	135 „	Schaffelle, o. F., naß „	28 „
große Rehfelle „ „	48 „	Schaffelle, o. F., trock. „	36 „
Winter-Hasenfelle „ „	17 „	Kaninfelle, gut gespannt „	55 „
junge Ziegenfelle pro Stück 90, 100, 120 „		Kaninfelle, gute und schlechte „	46 „

Bahl, Dr.-Löbtau, Gröbelstr. 7.

Freitag den 30. Januar 1920

vormittags von 10 Uhr ab soll der **Nachlaß** des Herrn Kaplans J. F. Ghezzi in **Dresden, Schloßstraße 32, II. versteigert** werden.

Lokalrichter **Hüfner.**

Dresdner Bürgerrat

Auskunft in allen Fragen des täglichen Lebens wird in den Geschäftsräumen, **Reichsstr. 24, II.,** Mittwochs nachm. von ½5—6 Uhr kostenlos erteilt. Fragen, die in das Gebiet **berufsmäßiger Sachwalter** fallen, können nicht beantwortet werden.

Gold- und Silber-Münzen,

als 50-Pf.-, 1-, 2-, 3-, 5-, **10- und 20-Mark-Stücke,**

Zahngebisse (auch zerbrochene und einzelne Zähne), **Platin** in jeder Form, ganze Posten **Brennstifte, altes Gold** und **Silber, alte Gold-** und **Silber-Münzen, Messing, Kupfer, Zinn, Zink, Blei** und andere Metalle.

Zahle den höchstmöglichsten Preis.

Einkauf findet statt **Mittwoch** den **28.** und **Donnerstag** den **29. Januar** **Hotel Amalienhof,**

Dresden-A., Amalienstraße 24, part.,

von früh 9 bis abends 6 Uhr. — Straßenbahnlinien 1, 5, 19, 21, 22, 28.

Einkauf von Fellen

Ziegenfelle	Stück	**128** Mk.
Kaninfelle, tr. p. Kilo **50** Mk., Stück Ia		**12** „
Hasenfelle (Winter)	per Stück	**14** „
Rehfelle, groß	per Stück	**45** „
Kalbfelle, trocken	per Kilo	**82** „
Kalbfelle, naß	per Kilo	**52** „
Schaffelle, trocken	per Kilo	**32** „
Schaffelle, naß	per Kilo	**22** „

Fuchs-, Iltis-, Marder- u. Maulwurf-Felle zu höchsten Tagespreisen.

Schafwolle, ungewaschen . . per Kilo **50** Mk.
Schafwolle, gewaschen . . . per Kilo **60** „

Händler bevorzugt. — Sonnabends geschlossen.

M. Schwarz, Dresden-A., Wettinerstraße 39, I.

Der kluge Geschäftsmann

benutzt für seine

Reklame

in erster Linie die

Sächsische Volkszeitung

KV Kath. Bürgerverein Dresden.

Mittwoch, 28. Januar abends 8 Uhr

Kath. Gesellenhaus, Käufferstr.

Versammlung.

Zahlreichen Besuch erbittet **Der Vorstand.**

Für 1. Februar wird eine **ältere saubere**

Frau

zu einem 1jährigen Mädchen **gesucht.**

Zu melden bei Frau **Jeschki,** Rittergut 2, **Lehndorf,** Post Croswitz bei Kamenz (Sa.)

Bartflechte

sowie Flechten u. Hautausschläge aller Art beseitigt sicher

Biltz-Flechtensalbe

Dose Mk. 4.50.

Vers.: Grüne Apotheke, Erfurt (309).

Ordentliches u. fleißiges Hausmädchen

nicht unter 17 Jahren für sofort oder später bei guten Lohn und Behandlung **gesucht** bei

J. Dietrich, Sägewerk, **Wilthen,** Nähe Bahnhof.

Bei Rheumatismus,

Gicht, Gliederreißen, Verstauchungen, Steifheit der Gelenke, Gliederlähmung, gebrauche man

Biltz Rosenstengelspiritus

seit altersher bewährt angewandt. Flasche 6.— Mark.

Versand: **Grüne Apotheke, Erfurt 209.**

Heirat!

Vermögende Heiraten für Herren u. Damen vermittelt sof. u. diskr. **„Concordia",** Berlin O 34.

Tymians Thalia-Theater Anfang 7 Uhr

Täglich: **„Zwangs-Einquartierung!"** — **„Streit des Geldes"**

Sonntags 2 Vorstellungen um 3 und 7 Uhr

Mitte **Februar** beginnen feine kaufmännische und bürgerliche **Tanz-Zirkel** mit **Anstandslehre. Privatstunden** sowie **Schnell-Tanz-Kurse jederzeit.** Geschätzte **Anmeldungen** täglich von früh **10** bis ½**8** Uhr abends nur

Dir. Trautmann u. Frau, **Dresden, Grunaer Str. 29, I.** Fernsprecher 10880.

Dresdener Lehranstalt für Musik

Direktor: Organist Paul Walde

Fernruf 12662 — **Dresden-Neustadt Melanchthonstraße 25** — Sprechst. 12-1

Fachschule für alle Zweige der Tonkunst für Beruf und Haus

Vorschule und Ausbildungsschule (Grund-, Mittel-, Oberstufe) :: Aufnahme von Mehrfach- und Vollschülern für Klavier, Orgel, Harmonium, Streich- und Blasinstrumente, Gesang, Laute, Mandoline u. s. w. Theorie, Zusammenspiel, Musikgeschichte, Dirigierübung, Kirchenmusik :: Schüler-Orchester- und Chorklassen :: Musikwissenschaftliche Vorträge, Komponisten-Abende, Schüler-Vortragsübungen und öffentl. Aufführungen :: Eintritt jederzeit :: Anmeldgn. wochentags 8-7 Uhr

Zahngebisse, alte, auch zerbrochene, und einzelne Zähne kaufe zu Höchstpreisen, ebenso Bruchgold und Silber und solche Gegenstände, Brennstifte von Brandmalerei, Blitzableiterspitzen, Zinn, Kupfer, Wärmflaschen, Schokoladen-Stanniol und Kapseln; ausländische Gold- und Silber-Münzen zu Tages-Höchstpreisen.

Dresden, nur Frauenstr. 12, I., gegenüber Klopperbein.

Jeder Weg lohnt sich

da sie jetzt **Tageshöchstpreise** erhalten für in- u. ausländische **Gold- u. Silbermünzen** in jeder Höhe und Sorte: **Platin, einzelne Zähne, ganze Gebisse** sowie **Brillanten, gold. Uhren, Ketten und Ringe** zu allerhöchsten Preisen.

Pimsler, Landhausstraße 27, (Laden)

Ueberzeugung macht wahr!

Amtliche Bekanntmachungen

Ernte 1919

Gemäß Anordnung der Reichsgetreidestelle wird für das Gebiet des Kommunalverbandes Dresden und Umgebung folgendes bestimmt:

§ 1. Mit sofortiger Wirkung wird der Mindestsatz, bis zu dem die zur Brotherstellung bestimmten Mengen an Brotgetreide und Gerste auszumahlen sind, bei Roggen und Weizen auf 90 vom Hundert und bei Gerste auf 85 vom Hundert heraufgesetzt.

Diese Festsetzung gilt ganz allgemein für Getreide, das die Reichsgetreidestelle oder die Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe zu dem in Absatz 1 angegebenen Zwecke ausmahlen lassen.

§ 2. Zuwiderhandlungen werden nach §§ 80 81 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1919 vom 18. Juni 1919 bestraft.

Dresden, am 26. Januar 1920.

Kommunalverband Dresden und Umgebung

Nährmittelverteilung

Der nach der Bekanntmachung vom 24. Januar 1920 auf Abschnitt 84 der roten Nährmittelkarte B zur Verteilung gelangende Kartoffelsago kostet bei Abgabe an die Verbraucher nicht 1.50, sondern 1.60 ℳ das Pfund.

Dresden, den 26. Januar 1920. **Der Rat zu Dresden.**